

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am
02.12.2010**

öffentlich

Ort: Stadtmuseum
Christian Wolff Haus
Sitzungsraum
Große Märkerstraße 10
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 19:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	
Frau Heike Wießner	ab 16.30 Uhr anwesend
Frau Ute Haupt	
Herr René Trömel	
Frau Hanna Haupt	
Herr Klaus Hopfgarten	
Frau Ilona Hackel	
Frau Anja Pohl	
Herr Klaus Adam	
Frau Katja Raab	
Frau Dr. Regine Stark	
Frau Dr. Inés Brock	
Herr EKHK Ralf Berger	
Herr Torsten Bognitz	
Herr Leonhard Dölle	
Herr Dr. Kluge	
Frau Antje Klotsch	bis 19.20 Uhr anwesend
Herr Uwe Kramer	
Frau Renate Leonhard	
Frau Anna-Maria Manser	i.V. für Frau Schubert anwesend
Herr Philipp Pieloth	
Frau Peggy Rarrasch	
Herr Christof Starke	i.V. für Frau Gellert anwesend
Frau Messerschmidt	
Frau Katharina Brederlow	
Herr Tobias Kogge	

Entschuldigt fehlen:

Frau Carmen Wiebach	entschuldigt
Frau Sabine Wolff	i.V. Frau Dr. Stark anwesend
Frau Beate Gellert	i.V. Herr Starke anwesend
Herr Richter Bruno Glomski	entschuldigt
Herr Max Privorozki	
Frau Helga Schubert	Vertreterin Frau Manser anwesend
Frau Petra Schneutzer	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.11.2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09091
- 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt"
Vorlage: V/2010/09303
- 6.2. Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ferienangebote für Kinder und Jugendliche
Vorlage: V/2010/09239
- 6.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulwegsicherheit in Halle
Vorlage: V/2010/09243
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zur Entwicklung in den Bereichen Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung
- 9. Themenspeicher
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Es waren sehr viele Senioren als auch Jugendliche gekommen.

Es sprachen mehrere Jugendliche bzw. junge Erwachsene vor. Deren Anliegen war es, dass die „Schöpfkelle“ nicht geschlossen werden soll. Dort sind mehrere Vereine, ein Internetcafe und Angebote für Kinder und Jugendliche werden unterbreitet. Es erfolgte für den Erhalt der Schöpfkelle eine Unterschriftssammlung mit 1.588 Unterschriften. Die Unterschriftssammlung wurde an die Ausschussvorsitzende übergeben.

Frau Hanna Haupt wies darauf hin, dass über die Prioritäten von Diensten und Einrichtungen in der Jugendhilfe erst im nichtöffentlichen Teil gesprochen wird.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung. Sie sprach an, dass die Einladung zwei Tage verspätet eingegangen ist, die Begründung hierzu wird im nichtöffentlichen Teil erfolgen.

Sie stellte die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es zur TO Änderungswünsche gibt.

Anfrage durch Herrn Schachtschneider, ob die Behandlung des TOP 4.1 nichtöffentlich nicht doch im öffentlichen Teil der Sitzung erfolgen kann, wenn hiervon nicht Dritte betroffen sind.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass hierzu sicher verschiedene juristische Meinungen zu hören wären. Da in der Anlage von Anträgen der Vereine mit deren Antragssummen etc. gesprochen werden soll, wird der nichtöffentliche Teil der Sitzung als erstrebenswert angesehen und somit die Rechte Dritter gewahrt.

Herr Kogge sprach an, dass die Stadt keinen Haushalt 2011 beschlossen vorliegen hat. Durch das Landesverwaltungsamt, Referat Kommunalrecht, Kommunale Wirtschaft und Finanzen wurde mit Schreiben vom 27. Oktober 2010 an die Oberbürgermeisterin der Stadt eindringlich auf die rechtlichen Spielräume hingewiesen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Stadt sehr lange eine vorläufige Haushaltsführung 2011 haben wird. Durch das LVA wurde formuliert, dass kaum von einem beanstandungsfreien Beschluss zur Haushaltssatzung 2011 ausgegangen werden kann. Vorsorglich wurde bereits darauf hingewiesen, „dass Verstöße gegen die Bestimmungen über die vorläufige HH-Führung als Verletzungen gegen die Vermögensbetreuungspflichten bewertet werden können.“ Er wies darauf hin, dass es falsch wäre, eine Hoffnung zu nähren, dass sich zu der Sachlage etwas ändern wird. Die Einladung zur Sitzung hat sich deswegen verzögert, da erst eine Bewertung erfolgen musste, ob unter diesem Gesichtspunkt überhaupt zu dem TOP eingeladen werden kann. Die Verwaltung hätte auf keinen Fall einladen dürfen. Auf Grund der Priorität der Behandlung dieser Thematik hat der Unterausschuss Jugendhilfeplanung diesen Antrag eingereicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zum TOP. **Somit wurde die TO wie vorliegend bestätigt.**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.11.2010

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass es in der letzten Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gab.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplanes Halle - Hallianz für Vielfalt"

Vorlage: V/2010/09091

Frau Ute Haupt sprach an, dass der Antrag ihrer Fraktion letztmalig zurückgestellt wird, bis zum JHA 13. Januar 2011, da dann verbindlich durch die Verwaltung hierzu eine Mitteilung erfolgen kann.

**Vom Antragsteller zurückgestellt.
Auf TO JHA 13.01.2011**

zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Weiterführung des "Lokalen Aktionsplans Halle- Hallianz für Vielfalt"

Vorlage: V/2010/09303

Frau Hanna Haupt stellte damit auch den Änderungsantrag ihrer Fraktion zurück.

**Vom Antragsteller zurückgestellt.
Auf TO JHA 13.01.2011**

**zu 6.2 Antrag des Stadtrates Hendrik Lange (Fraktion DIE LINKE.) zum Konzept zur Gestaltung des Geländes der ehemaligen Fröbelschule
Vorlage: V/2010/09228**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zum vorliegenden Antrag vom Stadtplanungsamt Frau Neubert anwesend ist und erteilte dieser das Wort.

Frau Neubert teilte mit, dass mit den Anwohnern im Umfeld der Fröbelschule gesprochen wurde. Ein Basketballplatz ist dort aus Lärmgründen nicht gewollt. Mit der Beräumung der Fläche wurde begonnen. Sie erkundigt sich bei ZGM nach dem Stand und wird hierzu eine Information zukommen lassen.

Der Antrag wird vertagt und der Antragsteller zur nächsten Sitzung mit eingeladen.

**zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ferienangebote für Kinder und Jugendliche
Vorlage: V/2010/09239**

Frau Ines Brock begründete den eingereichten Antrag ihrer Fraktion.

Es wird für wichtig angesehen, dass auf der Homepage der Stadt die Ferienangebote für Kinder und Jugendliche in der Stadt erscheinen. Dies wird als familienfreundlich angesehen, wenn dieses Angebot für Eltern unterbreitet wird. Sie brachte als Beispiel die Veröffentlichung der Angebote während des Weihnachtsmarktes, was sehr gut öffentlich dargestellt wurde.

Frau Brederlow sprach an, dass bei der Vielzahl von Angeboten auch von kommerziellen Anbietern so nicht umsetzbar ist. Wäre auch gleichzeitig ungewollte „Werbung“. Die Angebote von freien Trägern und Kultur kann über YPOOL laufen. Kommerzielle Angebote können nicht berücksichtigt werden.

Frau Brock fragte nach, was unter kommerziellen Angeboten angesehen wird. Die Stadt macht auch für die Ulrichskirche den Veranstaltungskalender, was über das Kulturbüro läuft.

Herr Schachtschneider sprach an, dass alles was Gewinn erzielt als kommerziell anzusehen ist. Wie soll das umgesetzt werden. Eine ständige Aktualisierung ist kaum machbar. Es sollte ein beschränkter aktueller Rahmen erfolgen.

Frau Dr. Stark kann sich vorstellen, dass die Angebote der freien Träger über das Jugendamt laufen aber mehr auch nicht.

Frau Brederlow machte deutlich, dass dies durch das Jugendamt nicht umsetzbar ist. Wenn dann über die Jugendseite YPOOL, welche über das JBBZ Wasserturm technisch betreut wird. Hierzu hatten sich Stadt und Caritas vor einigen Jahren verständigt und der Internetauftritt ist auch neu gestaltet worden.

Frau Dr. Stark fragte an, worunter man YPOOL finden kann. Die Angebote von freien Trägern sollten dann dort zu finden sein und darauf sollte sich das dann auch beschränken.

Frau Klotsch unterstützte den Antrag von Frau Brock. Sie findet die Idee gut und bürgerfreundlich, das sollte umgesetzt werden.

Frau Raab sprach an, dass es ein Unterschied ist, ob die Stadt mit großem Aufwand hier etwas leisten soll, was sie nicht kann. Dagegen wäre sie. Wenn die freien Träger aber ihre Meldungen selbständig abgeben und dies an bestimmter Stelle umgesetzt werden kann, wäre es für sie in Ordnung.

Herr Dölle sprach an, dass es die Plattform YPOOL gibt, welche hierfür auch genutzt werden sollte. Der Antrag beinhaltet, dass die Stadtverwaltung mit der Umsetzung beauftragt werden soll, die Angebote zu sammeln und zu veröffentlichen, womit sie überfordert wäre. YPOOL hatte einen Neustart. Die Träger sollten die Chance nutzen und ihre Angebote dort einstellen lassen. Auf der Homepage der Stadt gibt es einen Link auf diese Jugendseite, das sollte nach wie vor genutzt werden.

Herr Kramer sprach an, dass die Träger aus seiner Sicht kein Problem mit der Belegung ihrer Ferienangebote haben. Es gibt nicht mehr so zahlreiche Angebote wie vor Jahren. Er wies darauf hin, dass es Angebote in Stadt, im Land, im Bund gibt. Wer soll hier was bringen. YPOOL müsste bekannter gemacht werden, also die Öffentlichkeitsarbeit für diese Seite erhöht werden. Dies sollte durch die Stadt unterstützt werden. Die Stadt sollte im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit diese Seite bekannter machen und die Träger bitten, ihre Angebote an YPOOL zu melden.

Herr Kogge machte darauf aufmerksam, dass es die Situation privater und kommerzieller Angebote gibt und dies unter freiwillige Aufgaben fällt.

Herr Bognitz sprach an, dass YPOOL über das JBBZ „Wasserturm“ läuft. Nur das was gemeldet wird, kann auch veröffentlicht werden. Es muss nicht zusätzlich auf der halle. De eine Jugendseite geben, die Verlinkung zu der YPOOL Seite hält er für ausreichend.
www.ypool.de

Herr Schachtschneider sprach an, dass es zu wenig wäre nur „halle“ zu streichen. Im Antrag wird immer noch die Stadtverwaltung beauftragt. Es sollte der Auftrag an die Verwaltung erfolgen, dass die Verlinkung erfolgt und die Seite bekannter gemacht wird.

Herr Dölle sprach an, dass es auf Grund der momentanen Situation unklar ist, wie die Finanzierung ab 01.01.2011 für YPOOL erfolgen wird. Wenn die Finanzen unklar sind kann keine Beauftragung erfolgen.

Frau Brock stellte diesen Antrag zurück und greift den Vorschlag von Herrn Schachtschneider auf und wird den Antrag überarbeiten, welcher auf den JHA 13.01.2011 vertagt werden soll.

vertagt auf JHA 13.01.2011
Antragsteller überarbeitet Antrag .

zu 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schulwegsicherheit in Halle Vorlage: V/2010/09243

Frau Hanna Haupt sprach an, dass vom Ordnungsamt zu diesem TOP Herr Roth anwesend ist.

Herr Kogge sprach an, dass vom Gesetzgeber verpflichtend die Schulwegsicherheit für die Grundschulen und Förderschulen anzusehen ist.

Herr Roth sprach an, dass die Grundschüler lernen sollen, ihren Schulweg zu lernen. Deswegen besteht hier auch die Verpflichtung zur Schulwegsicherheit. Für die Berufsbildenden Schulen besteht diese Verpflichtung nicht.

Frau Brock nahm diesen Hinweis zur Veränderung des Beschlussvorschlages auf, so dass – außer den Berufsbildenden Schulen – eingefügt wird.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

Geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Sitzung im Juni 2011 einen schriftlichen Bericht über die Schulwegsicherheit in Halle vorzulegen. In diesem Bericht sollen für jede einzelne Schule, **außer den Berufsbildenden Schulen**, hinsichtlich der Schulwege und der Wege zwischen Schule und kooperierenden Horteinrichtungen umfassende Angaben zu relevanten Aspekten der Schulwegsicherheit gemacht werden. Dazu sollen insbesondere aufgeführt werden:

- eine grundlegende Beschreibung der verkehrlichen Erschließung und Erreichbarkeit aller Schul- und Hortgebäude, sowie der hauptsächlich genutzten Schulwege
- der bauliche Zustand der Geh- und Radwege
- die Ausweisung besonderer Gefahrenstellen
- das Vorhandensein von Querungshilfen und Ampeln
- Geschwindigkeitsreduzierungen im Umfeld der Schule, Aufpflasterungen, Verschwenkungen
- der Einsatz von Schülerlotsen und Verkehrserziehungshelfer
- die Verfügbarkeit von Schulwegeplänen an den Schulen
- die verkehrliche Situation in den „Stoßzeiten“ (vor und nach dem Unterricht) im Zugangsbereich vor den Schulen durch Hol- und Bringdienste der Eltern

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss hat **einstimmig zugestimmt**.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 8 Mitteilungen

Frau Brederlow teilte mit, dass der Antragsschluss zum Lokalen Aktionsplan am 30.11.2010 war. Wie es aussieht, bleiben alle 90 Projekte weiterführend erhalten. Die Verwaltung prüft, wie es mit der Koordinierungsstelle dazu weitergeht. Das Gesamtkonzept dazu wird im Januar 2011 vorgestellt.

zu 8.1 Bericht zur Entwicklung in den Bereichen Kindertagesstätten und Hilfen zur Erziehung

Frau Brederlow teilte mit, dass in der letzten Sitzung zugesagt worden ist, aktuelle Zahlen vorzulegen, diese wurden heute ausgelegt.

Frau Klotsch fragte zu den Außenständen an.

Frau Brederlow sagte zu, dass die Außenstände mit Stichtag heute der Niederschrift angehangen werden.

Frau Klotsch wies darauf hin, dass laut Antrag, die Außenstände hier im JHA dargestellt werden sollten.

Frau Brederlow antwortete, dass der Beschluss mehrere Teile umfasst, u.a. auch die Zahlungsströme darzustellen.

Herr Schachtschneider unterstützte die Nachfrage von Frau Klotsch. Er liest aus der Zeitung mehr als informiert wurde. Er möchte ebenfalls die Außenstände wissen.

Frau Brederlow hinterfragte, was gewollt ist. Welcher Träger welchen Antrag gestellt hat und wofür was gezahlt wurde oder mehr Transparenz.

Frau Klotsch sprach an, dass beschlossen worden ist, dass regelmäßig im JHA zu den Außenständen in den Bereichen HzE und KITA berichtet wird. Es ist nicht erforderlich, die Träger einzeln zu benennen. Sie möchte, dass die Beschlusslage umgesetzt wird.

Anfrage durch Herrn Dr. Kluge zu den Nachzahlungen aus 2009.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich um Nachzahlungen aus 2009 handelt, welche Anfang 2010 beglichen wurden.

Nachfrage von Herrn Dr. Kluge, ob dies nur bei den freien Trägern erfolgte oder auch bei den Einrichtungen des Eigenbetriebes KITA.

Herr Kogge antwortete, dass hierzu die Unterlagen vom EB KITA angesehen werden müssten. Es sind die gleichen Leistungsangebote aber zwei verschiedene Unternehmen.

Herr Bognitz fragte an, wie weit die Zahlungsnahe erreicht ist. Welche Außenstände gibt es noch.

Herr Kogge antwortete, dass die 2,8 Mio € jetzt raus sind. Die Mittel welche aus der überplanmäßigen Ausgabe kommen wurden jetzt frei gegeben und derzeit läuft das Auszahlungsverfahren dazu.

Herr Bognitz fragte an, ob die Mittel ausreichen oder es wieder wie im vergangenen Jahr zur Bezahlung der Außenstände Anfang 2011 kommen wird.

Frau Brederlow antwortete, dass die Summe für den KITA-Bereich im Stadtrat dargestellt worden ist. Diese Summe wird reichen. Bei den Hilfen zur Erziehung ist dies etwas anders zu sehen. Es erfolgt zur Zeit eine Hochrechnung zu den Mitteln, welche zur Verfügung stehen und welche tatsächlich benötigt werden.

Herr Bognitz bat darum, dass die Beantwortung schriftlich der Niederschrift angehängt wird.

zu 9 Themenspeicher

Frau Hanna Haupt sprach an, dass im Januar der verschobene Bericht des Kinder- und Jugendrates zum Projekt „Spielplatztester“ auf der TO stehen wird. . Sie teilte mit, dass angedacht ist, dass im Januar noch die BEP KITA 2011 und die Schulentwicklungsplanung auf die TO kommen sollen.

Frau Brederlow teilte mit, dass der Themenspeicher heute nicht ausgelegt worden ist, weil dieser aktuell angepasst wird und es hierzu noch Rücksprachen gibt. Es wird noch Änderungen im SGB II „Bildungspaket“ geben, wozu auch im JHA informiert werden soll, Zeitschiene noch unklar

Frau Ute Haupt fragte zum Bericht „Cochemer Modell“ nach.

Frau Brederlow antwortete, dass dieser Bericht im März und der Bericht DJI-Übergangspanel im Februar 2011 gehalten werden sollen.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Ute Haupt fragte an:

1. Was kann die Kommune umsetzen hinsichtlich der Ausführungen zum Bildungspaket.
2. Kann bestätigt werden, dass im Januar der Haushalt in die Ausschüsse eingebracht wird. Können Veränderungen im Bereich der Jugendhilfe eingebracht werden, bspw. Zur „Schöpfkelle“. Können Veränderungen vorgenommen werden, es sollen andere Zuordnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wie ist der Stand hierzu.

Herr Kogge antwortete:

zu 1.: dass 960 Mio € im Bereich Bildung ausgegeben werden sollen. Dies kommt aus dem Bereich Wohngeld. Bund wird Genehmigung erteilen, wer was bekommt. Zur Umsetzung gibt es die Frage,

wer dies übernehmen wird. Die Kommune prüft das in den 5 Punkten, u.a. Essengeld für Schule, im Bereich der Nachhilfe, Schulbuchsicherheit. Im Bundesrat soll es am 17.12.2010 eine Entscheidung geben. Es gibt eine Arbeitsgruppe, in welcher Frau Simon und Frau Tempel versuchen, das abzuklären.

Zu 2.: Grundsätzlich ja, Stadträte und Verwaltung können dies einbringen.

Anfrage Frau Brock, wie der Stand der Einbringung der beiden aus dem JHA 07.10.2010 in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung verwiesenen Änderungsanträge zur Jugendhilfeplanung ist.

Anfrage Frau Brock, wann kann die Kinder- und Jugendbeauftragte begrüßt werden?

Frau Brederlow antwortete, dass dazu im nichtöffentlichen Teil eine Mitteilung erfolgt.

Frau Rarrasch fragte stellv. für Frau Gellert, welche nicht anwesend sein konnte, an, wie der Stand der KITA-Sanierung ist. Hier sollte eine Arbeitsgruppe installiert werden.

Frau Brederlow antwortete, dass die Gründung einer Arbeitsgruppe ihr neu wäre. Im Rahmen des Haushaltes erfolgte hierzu eine Diskussion. Für Grundschulen und Horte wird der Bedarf Rettungswege geprüft, inwieweit dies Aufgabe des Trägers ist. Die Frage der Vermietung wird ebenfalls geprüft. Klar ist auch, dass es zunehmend schwierig ist, den Betrieb der Einrichtungen aufrecht zu erhalten.

Herr Schachtschneider bat darum, eine aktuelle Liste der Abarbeitung Problematik Rettungswege in Einrichtungen zu erhalten.

Die Verwaltung sagte dies zu.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Der öffentliche Teil war 17.15 Uhr beendet. Kurze Pause.